



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die deutsche Revolution

Blum, Hans

Florenz [u.a.], 1897

Sechster Abschnitt. Die Wiener Märzbewegung. Sturz Metternichs.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-64064](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-64064)

Feuerspritzen hätten? Und als diese Frage von den meisten verneint wurde, erklärte er kühl und achselzuckend: „Sagen Sie Ihren Auftraggebern, ehe jedes Dorf in Deutschland seine Feuerspritze habe, könne ich ihnen die deutsche Republik nicht besorgen“.

Sechster Abschnitt.

Die Wiener Märzbewegung. Sturz Metternichs.

Auch der Kaiserstaat Österreich, der unter Metternichs hartem Drucke seit Jahrzehnten in totenähnlichem Schlummer gelegen hatte, wurde von dem Sturmwind der neuen Zeit aufs heftigste durchbraust und erschüttert. Von der tiefen und drohenden Gärung in den italienischen Provinzen Österreichs ist schon früher gesprochen worden (s. o. S. 78). Die Nachwirkungen der französischen Februarrevolution machten sich zuerst in den Kronländern Ungarn und Böhmen stürmisch geltend, wo die Magyaren und Tschechen ein neues Ungarn und Böhmen im alten Kaiserstaate forderten und anstrebten. Die weiter zielenden Pläne und Gedanken, die der feurige Führer der magyarischen Nationalpartei, Ludwig Kossuth, verfolgte, den Erlaß einer konstitutionellen Gesamtverfassung Österreichs, gingen vorläufig noch über den engen Gesichtskreis seiner Landsleute, namentlich der Magnatentafel, weit hinaus.

Dagegen wurde die berühmte Rede, die Kossuth am 3. März 1848 im Preshburger Reichstage (der ungarischen zweiten Kammer) hielt, mit gutem Grunde als die Taufrede der ungarischen wie der Wiener Revolution bezeichnet.*) Kossuth rief damals:

„Die Zukunft unseres Vaterlandes (d. h. Ungarns) ist nicht gesichert, solange das Regierungssystem in den anderen Provinzen allen konstitutionellen Grundsätzen grob widerspricht, so lange der Staatsrat (in dem Metternich unbedingt herrschte), der die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie ordnet, in seinen Elementen, seiner Zusammensetzung und in seiner Tendenz dem Absolutismus huldigt. Die Unbeweglichkeit der Regierungsmänner verdammt den Reichstag zu einer wahren Treitmühlarbeit, macht alle Bemühungen der Volksfreunde vergeblich. Aus den Beinkammern des Wiener Systems weht eine verpestete Luft uns an, die unsere Nerven lähmt, unseren Geistesflug bannt. Die Quelle alles Übels liegt in der verkehrten Politik der österreichischen Minister, für die es wohl schmerzlich sein mag, ein Stück nach dem anderen von dem Gebäude einstürzen zu sehen, das ein langes Leben aufgebaut, welche aber durch längeres Beharren bei ihrem Systeme die Zukunft der Dynastie kompromittieren. Wo die Grundlage fehlerhaft ist, da ist das Verhängnis des Sturzes unausweichbar. An

*) So von Anton Springer, Geschichte Österreichs, Bd. II, S. 167, der ebenda S. 177 bis 196 auch die bei weitem zuverlässigste Darstellung der Wiener Märzbewegung giebt. Dieser Darstellung ist der Verfasser hauptsächlich gefolgt.

uns ist es, die Dynastie zu retten, ihre Zukunft an die Verbrüderung der verschiedenen Völker Österreichs zu binden, statt des schlechten Bindemittels der Bajonette und des Beamtendruckes den festen Kitt einer freien Verfassung zu setzen." Nachdem dann die ungarischen Sonderwünsche aufgezählt werden, schließt der Redner: „In der innigsten Verschmelzung der verschiedenen Provinzen der Monarchie liegt die Gewähr für die Ruhe, die Stütze der Dynastie, der Schutz unserer Freiheit. Wir bitten daher, den kaiserlichen Thron mit konstitutionellen Einrichtungen zu umgeben, allen Ländern Österreichs eine Verfassung verleihen zu wollen.“

Wir werden sogleich erkennen, wie mächtig und unmittelbar diese große Rede auf die Wiener Bewegung wirkte, und deshalb mußten die Hauptsätze hier wiedergegeben werden. Namentlich empfing die Wiener Bewegung aus dieser Rede ihr großes umfassendes Ziel. Denn während Ungarn und Tschechen nur die Erneuerung und Verjüngung der Verfassungsverhältnisse ihrer Kronländer anstrebten, steuerte die Wiener Märzbewegung auf ein neues Österreich los.

Seit der zweiten Märzwoche war Wien nicht wiederzuerkennen. Jedermann sprach von Politik, und zwar mit vollem Freimuth. Große Volksmassen gaben ihrer jubelnden Begeisterung über Kossuths Rede, über die Heidelberger Erklärung (s. o. S. 82), ihrem Hasse gegen die eigene Regierung lauten und unverhohlenen Ausdruck, ohne daß die plötzlich völlig machtlos gewordene Polizei einschritt. Die Censur verzichtete notgedrungen auf alle Wirksamkeit, da das Schlimmste keineswegs in der einheimischen Presse erzeugt wurde, sondern von außen herkam, in den Beschlüssen des verzweifelten Bundestages, in den Staatshandlungen, Zugeständnissen und Verkündungen der deutschen Regierungen und Fürsten. Alles das mußte auch die Wiener zur gewaltsamen Erhebung reizen. Wachsende Ratlosigkeit und Schwäche nahm in den obersten Regierungskreisen des Kaisertums überhand. Denn hier drängten zwar Mitglieder des kaiserlichen Hauses selbst, Glieder des hohen Adels u. s. w. den Kaiser, daß er durch rechtzeitige Zugeständnisse den Ausbruch der Revolution niederhalte und eine größere Einbuße an Würde und Macht vereitle. Aber jetzt zeigte sich am deutlichsten das Verhängnis, daß dieser greise stumpfsinnige Monarch durchaus keinen eigenen entscheidenden Willen besaß, daß es völlig unmöglich war, ihn zu einem festen Entschlusse, zu eingreifender Thätigkeit zu bewegen. Die Staatskonferenz unter Metternichs Allmacht vertrat ein für allemal, unerschütterlich, seine Stelle.

Da nun nach der Erfahrung von Jahrzehnten von der Staatskonferenz freiwillige Zugeständnisse durchaus nicht zu erwarten waren, so richtete schon am 6. März der niederösterreichische Gewerbeverein eine Adresse an die Staatskonferenz, die u. a. aussprach: „Nur ein festes Anschließen der Regierung an die Stände und Bürger und Offenheit kann das alte Vertrauen wiedergewinnen.“ An der Beratung und Genehmigung dieser Adresse hatten sogar der Erzherzog Franz Karl und Graf Kolowrat teilgenommen. Es war aber vorauszu sehen, daß sie in den Akten der Staatskonferenz klanglos begraben werden

würde. Daher bereiteten die Mitglieder der liberalen Ständepartei des zum 13. März einberufenen niederösterreichischen Landtags eine von Schmerling verfaßte Adresse vor, welche die Einberufung der Abgeordneten aller Provinziallandtage, die Mitteilung des Staatshaushaltes an dieselben und Aufhebung der Censur erbat. Zur Unterstützung dieser ständischen Adresse sollte eine Petition dienen, die von Mitgliedern des hochangesehenen juridisch-politischen Lesevereins verfaßt, der ganzen gebildeten Bürgerschaft Wiens zur Zustimmung und Unterschrift vorgelegt wurde. Diese Petition fand in der That den allgemeinsten Beifall. Sie forderte freie Presse, öffentliche Rechtspflege, die Reform des Gemeinbewesens, hauptsächlich aber klar und bestimmt — was die ständische Adresse nur schüchtern anzudeuten wagte, — eine österreichische Gesamtverfassung: „Die periodische Berufung eines alle Länder der Monarchie, sowie alle Klassen und Interessen der Völker vertretenden Körpers mit dem Rechte der Steuerbewilligung und der Kontrolle des Finanzhaushaltes, sowie der Teilnahme an der Gesetzgebung.“

Abermals bestürmten nach Eingang dieser Petition zahlreiche Mitglieder des kaiserlichen Familienrates und hohe Ablige, selbst die Fürstin Metternich, den Staatskanzler und die Staatskonferenz zur Nachgiebigkeit. Das Äußerste aber, was diese den Kaiser bewilligen ließ, waren folgende, in einem Kabinettschreiben vom 12. März enthaltenen fast komisch dürftigen Zusagen: der Kaiser habe beschlossen, „aus allen Provinzen ständische Mitglieder und zwar aus jedem Stande ein Mitglied nach Wien zu berufen und sie mit einem Regierungskomitee in Berührung (!) zu bringen, damit sie mit demselben in Ansehung ihrer ständischen Verhältnisse in Rücksprache (!) träten.“ Auch habe der Kaiser „sich vorbehalten (!), dieser Deputation jener Maßregeln andeuten (!) zu lassen, welche die Bedürfnisse des Augenblicks erfordern“. „Dieses höchste Zugeständnis,“ sagte Anton Springer treffend, „welches den Ständen am nächsten Morgen mitgeteilt werden sollte, erinnerte unwillkürlich an die gemalten Gerichte, die wirklichen Heißhunger zu stillen bestimmt sind.“ Es kam übrigens gar nicht zur Kenntnis weiterer Kreise. Denn ehe es verkündet werden konnte, war ein neues, mächtig vorwärts drängendes, feuriges Element der Wiener Bewegung hinzugetreten: Die Studentenschaft.

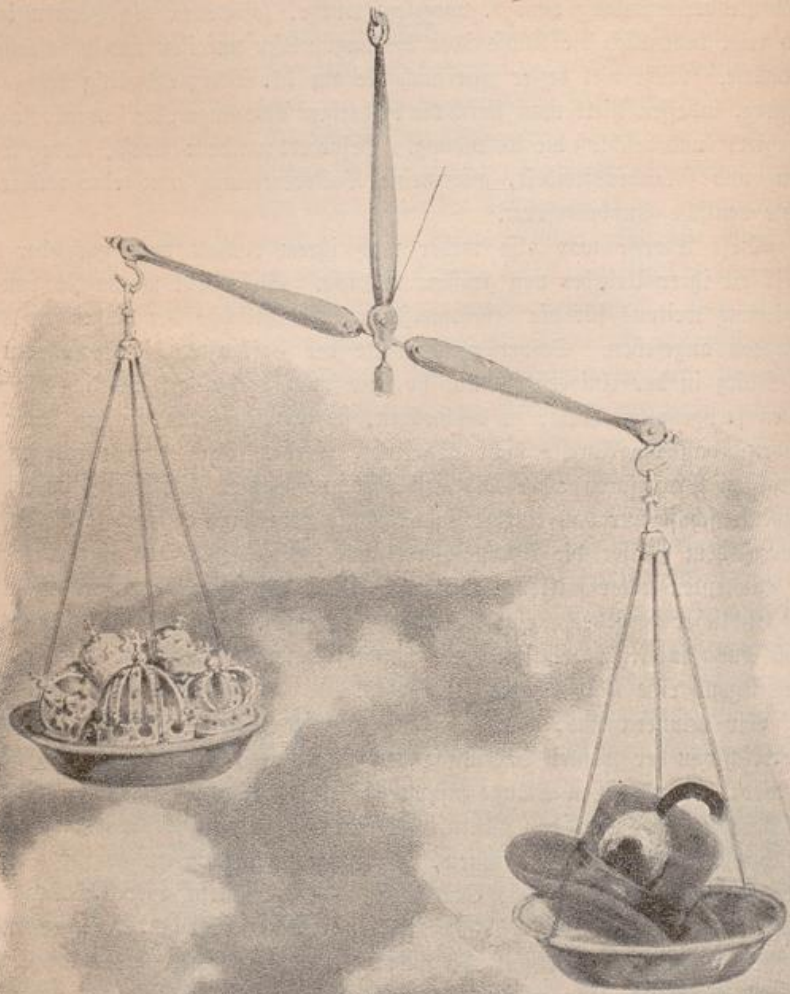
Seit den Tagen Karl Ludwig Sands und Karl Follens hielt Metternich und mit ihm seine Staatskonferenz die Studenten für die gefährlichsten Demagogen in der Welt, und demgemäß wurde namentlich die Wiener Studentenschaft behandelt. Kein Ausbruch stürmischer Jugendkraft, ja nicht einmal harmlosen studentischen Selbstbewußtseins wurde geduldet, der starke jugendliche Trieb zu geselligem oder selbst wissenschaftlichem Vereinsleben mit äußerster Strenge niedergehalten — aber natürlich immer vergeblich. Die Folge war nur, daß die Vereine oder „Burschenschaften“ in Wien im geheimen bestanden, und daß der Reiz des Verbotenen gerade die excentrischsten Naturen am meisten anzog. In der That wurden hier die radikalsten Zeitungen und Schriften, wie Struves

Zuschauer, gleich Evangelien verehrt. Und ganz wie einst die Burschenschaft nach der Kriegserklärung Europas gegen das Wartburgfest (s. o. S. 16), bildeten sich die Wiener Studenten ein, eine Macht im Staate zu sein, Helden, die wie Schulknaben behandelt würden. Daher fühlten sie sich, bei der blinden Furcht und heillosen Schwäche der Regierung, nun auch berufen, ihrerseits in die Ereignisse einzugreifen und zwar zunächst in Gestalt einer Studentenadresse an den Kaiser. Als diese am 8. März beschlossene Adresse der allgemeinen Studentenversammlung vom 9. vorgelegt wurde, schüttelten die Vernünftigeren doch recht bedenklich die Köpfe über die unglaublich unreifen und phrasenhaften Entwürfe. Nicht viel besser war auch die am 11. März endgültig beschlossene Fassung, indessen hielt man durch die bisherigen Vorgänge „die studentische Ehre engagiert“ und beschloß die Absendung. Gefordert wurden: Preß-, Rede-, Lehr-, Lern- und Glaubensfreiheit, allgemeine Volksvertretung und eine unklar gedachte deutsche Bundesreform.

Diese Adresse war also weder nach ihrem Inhalt noch nach der Persönlichkeit ihrer Urheber von großem Gewicht. Gleichwohl wurde sie von der Regierung weitaus für die bedeutsamste und bedenklichste der bisherigen Kundgebungen angesehen. Sofort versammelte der Hofkanzler die Professoren am 12. März in der Universität, um sie, die man bisher geflissentlich den Studenten ferngehalten hatte, zu beschwören, sie möchten ihren Einfluß dafür verwenden, daß die Adresse nicht abgesendet werde. Auch die beliebtesten und liberalsten Professoren, Hye und Endlicher, vermochten jedoch von der erhitzten Studentenschaft nur das einzige Zugeständnis zu erlangen, daß die beiden Professoren dem Kaiser die Adresse überreichen sollten, statt daß eine Abordnung der Studenten unter starkem Geleit das thäte. Bis zum Abend versuchten Hye und Endlicher vergebens, eine Audienz zu erlangen. Endlich ließ sie der Kaiser durch eine Hinterthüre eintreten und empfing sie wohlwollend und leutselig, ohne indes irgend eine klare Antwort zu geben.

Wir erinnern uns, daß für den folgenden Tag — der für Wien und Oesterreich von der größten Bedeutung werden sollte —, den dreizehnten März, die niederösterreichischen Stände zusammen berufen waren. Da diese alsbald in die Beratung der von den liberalen Ständemitgliedern vorbereiteten Schmerlingschen Adresse eintreten mußten, so drängte natürlich ein großer Teil der Wiener Bevölkerung vor das Ständehaus — vor allem aber die Studenten, nachdem sie von Hye und Endlicher vernommen hatten, daß der Kaiser auf die Adresse der Studenten so gut wie nichts geantwortet habe. Denn wenn Prof. Hye seinen Hörern, um sie zu beschwichtigen, diesen Tag „als den größten in der Geschichte Oesterreichs“ pries und behauptete: „Die Augen Europas sind auf die Universität gerichtet“, so wollten die Studenten diese Worte wahr machen, aber freilich nicht auf dem Wege, den Hye empfahl, indem er „den Fortschritt auf dem Wege der Ruhe und des Kollegienbesuchs“ verhiess.

So versammelten sich denn Tausende, meist aus den besseren Ständen und Studenten bestehend, am 13. März vor dem Ständehaus und füllten sogar dessen Hof. Hier wurden die Massen durch eine Rede des schwärmerischen Arztes Fischhof, vor allem aber durch die von einem Studenten verlesene Rede Kossuths vom 3. März befeuert. Diese Rede gab der ganzen Wiener Bewegung zugleich das bedeutendste Programm und Ziel. Und als nun ein weiterer Redner mahnte, sich mit den Machthabern in unmittelbare Ver-



Er wiegt mehr, als sie alle! — Wiener Zeitbild aus dem Jahre 1849.

bindung zu setzen, und dadurch „die bisher im Landhause gesprochenen Monologe in Dialoge zu verwandeln“, drängten sogleich große Volksmassen in das Treppenhause, in den Flur und die Vorfälle der Ständeversammlung. Auch hier würden die Massen — da sechs Bürger und sechs Studenten in den Ständesaal als Zuhörer eingelassen wurden, um sich vom guten Willen der Versammlung zu überzeugen — nicht weiter geschritten sein, wenn jetzt nicht plötzlich das unwahre Gerücht unter der vor und im Landhause flutenden und erregten Menge verbreitet worden wäre: die zwölf Vertreter des Volkes im Ständesaal würden gefangen gehalten, und Truppen umzingelten das Ständehaus! Da gab es kein Halten mehr. In ungeheuren Massen stürmt das Volk hinauf nach dem Ständesaal, alles zerstörend und verwüstend. Die bedrohten Mitglieder des Landtags vermögen sich nicht zu flüchten; um ihre Freiheit und ihr Leben zu sichern, versprechen sie daher, persönlich beim Kaiser die Erfüllung der Volkswünsche zu erbitten. „Im Gefolge der Stände“, — so schildert Anton Springer anschaulich die Lage, „gelangte die Furcht und die Ratlosigkeit auch in die kaiserliche Burg.“

Seit vielen Stunden schon war die Staatskonferenz an dem schicksalschweren Tage versammelt, während der ohnehin willensunfähige Kaiser auch jetzt für alle unnahbar war. Die Staatskonferenz aber konnte ohne seine Genehmigung keine gesetzlich verbindlichen Beschlüsse fassen. Sie gab also den andringenden Volkshäufen nur folgende Bertröstung: „das den Zeitverhältnissen Entsprechende wird durch ein eigens hierzu aufgestelltes Komitee geprüft und der Allerhöchsten Entscheidung unterzogen werden, worüber Allerhöchstdieselben das zum allgemeinen Wohle der Gesamtheit ihrer Unterthanen dienliche mit Beschleunigung beschließen werden“.

Nach dieser vermeintlich ungeheuren That atmete die Staatskonferenz erleichtert auf — aber viel zu früh. Denn auch nach dem Abzug der Stände in die kaiserliche Burg war vor dem Landhause wie vor der Staatskanzlei auf dem Ballplaze noch eine große Menge zurückgeblieben, die durch jugendliche Redner mit dem Schlagworte: „Pereat Metternich!“ u. dgl. erhitzt wurde. Diese Verwünschungen brausten von unten her vernehmlich an die Fenster der Staatskonferenz — und nun rückte Militär an gegen und in die ohnehin dicht zusammengekeilten Massen. Bei den Zorn- und Schmerzensrufen der Bedrängten geht alle Besinnung verloren. Ein Volkshause dringt in die oberen Räume des Landhauses, zerstört die Möbel und schleudert sie auf die Köpfe der Soldaten. Auch der unter den Truppen befindliche Erzherzog Albrecht wird von einem Holzstück empfindlich getroffen. Gleich darauf krachen zwei Salven in das Landhaus, die zahlreiche Verwundete und Tote hinstrecken.

Nun rast der Schreckensruf: „Man hat unsre wehrlosen Brüder gemordet! Verrat! Zu den Waffen!“ durch ganz Wien — und sofort tritt ein neues Element den aufrührerischen Massen hinzu: das Bürgertum. Das uni-

formierte Bürgercorps versammelt sich bewaffnet. Angesehene Männer aus dem städtischen Patriziate dringen in den Bürgermeister, den Abzug der Truppen aus der Stadt zu begehren. Bürgeroffiziere machen von ihrem Vorrecht Gebrauch, jederzeit frei in die Hofburg einzutreten, und gefellen sich zu der ständischen Abordnung, die seit Mittag schon die Staatskonferenz belagert. Die Studentenschaft verlangt ungestüm nach Waffen, droht mit Erstürmung des Zeughauses, und veranlaßt den Rektor Magnificus, den vor Angst schlotternden Tennill, sich gleichfalls vor die Staatskonferenz zu begeben und die Bewaffnung der Studenten zu fordern. Alle diese Begehren werden wirklich vor die Staatskonferenz gebracht. Fürst Metternich ruft den Wortführern der Volkswünsche zu: der Pöbel sei nur durch französische, polnische und schweizerische Sendlinge verführt und fordert die Bittsteller zornig auf: dem „Straßenkrawall“ ein Ende zu machen. Da erklären jene aber mit erhobener Stimme: „Das ist kein Krawall, sondern eine Revolution!“

Inzwischen hatte sich unter den in der Staatskanzlei versammelten Abgeordneten die Kunde verbreitet, aus dem Polizeigebäude sei sogar auf Bürger in Uniform geschossen worden, und damit stieg die Erregung auf den Siedepunkt. Die Staatskonferenz meinte nun doch, irgend ein Zugeständnis machen zu müssen, und gab die Censur preis. Vielleicht hätte dieser Schritt vor einigen Tagen noch den Sturm beschworen — jetzt war es auch damit zu spät. Nachdem Fürst Metternich sich aus dem Konferenzsaal in das Nebenzimmer begeben, um den Entwurf eines Preßgesetzes niederzuschreiben, forderte ein Mitglied der Grafenbank aus der Mitte der in den Saal gedrungenen ständischen Abordnung, wahrscheinlich Graf Montecuccoli — laut die Abdankung Metternichs. Schmerling, Breuner u. a. Ständemitglieder schlossen sich ihm an, und immer stürmischer wurde dieser Ruf erhoben, so daß auch Metternich ihn vernahm und aus der Nebenstube trat. Niemand sprach ein Wort zu seinen Gunsten, auch nicht einer von seinen bisherigen Kollegen der Staatskonferenz. So sah der Fürst sich von allen preisgegeben, jedes Haltes beraubt, und sprach nun würdevoll: „Es ist die Aufgabe meines Lebens gewesen, für das Heil der Monarchie von meinem Standpunkt zu wirken; glaubt man, daß das Verbleiben auf solchem dieses Heil gefährde, so kann es für mich kein Opfer sein, meinen Posten zu verlassen.“ Niemand widersprach, niemand bat ihn, im Amte zu bleiben, vielmehr erklärte ein alter Bürgeroffizier freimütig: „Durchlaucht, wir haben nichts gegen Ihre Person, aber alles gegen Ihr System und darum müssen wir wiederholen: nur durch Ihre Abdankung retten sie den Thron und die Monarchie.“ Nun blieb dem Fürsten nichts mehr übrig, als sofort zurückzutreten. Die Wiener Bevölkerung hatte das richtige Gefühl, daß sie in der ganzen bisherigen deutschen Märzbewegung den größten Sieg, das wichtigste Zugeständnis erstritten habe. Deshalb wurde auch die Freudenbotschaft von Metternichs Abdankung mit den Worten durch die Stadt getragen: „Es ist alles bewilligt!“

In der That alles übrige, was nun die im eigentlichen Sinne des Wortes kopflose Staatskonferenz noch weiter sich abtrogen ließ, durfte man kaum mit der weltgeschichtlichen Bedeutung des soeben vollzogenen Ereignisses vergleichen: der Staatsmann, der seit 27 Jahren der Leiter der deutschen und europäischen Reaktion gewesen, war für immer von der Macht, ja vom politischen Schauplatz überhaupt verdrängt; mit ihm hatte auch das alte System abgedankt und



Congress falscher Spieler unter englischem Schutz.

*Trostspruch: Spielt ihr auch jetzt noch mit dem Blinden! -
Bald wird sich auch der IV. finden! -*

Metternich. Prinz von Preußen. Ludwig Philipp.
Unter dem Tisch: Ernst August, König von Hannover. Hinten: Friedrich Wilhelm IV.
Berliner Karikatur aus dem Jahre 1848.

einer neuern Zeit Platz gemacht. Metternich selbst, dessen Sommerwohnung auf dem Rennweg von einem Volkshaufen gestürmt wurde, verließ alsbald Wien, ja Osterreich überhaupt. Auch der Erzherzog Albrecht, dem der Befehl zum Feuern auf das Landhaus zugeschrieben wurde, mußte die Hauptstadt verlassen. Mit der Verbrennung und Plünderung der Mauthhäuser an der Linie schloß die Nacht des dreizehnten März in Wien.

Die „Märzerrungenschaften“, die der zögernden Staatskonferenz nacheinander abgerungen wurden, bestanden: in der (schon am 13. März erklärten) Bewilligung der Volksbewaffnung, der Bewaffnung und Organisierung der Studentenlegion; dann weiter (am 14. März) in der Genehmigung zur Bildung einer Bürgerwehr neben den privilegierten Bürgerkorps, ja einer Nationalgarde, endlich der vollen Pressefreiheit. Am längsten sträubte sich die Staatskonferenz gegen die Verheißung einer Verfassung oder „Konstitution“ — wie das garstige Ding im österreichischen Regierungsdeutsch genannt wurde —, obwohl alle Glieder des kaiserlichen Familienrates, auch der siebenzehnjährige Erzherzog Franz Joseph (der heutige Kaiser von Österreich) dieses Zugeständnis für unvermeidlich hielten. Der alters- und geisteschwache Kaiser Ferdinand aber hielt eine „Konstitution“ für das größte der Übel, für den Todesstoß, der sowohl die monarchische Würde und Macht, als auch den Staat Österreich ins Herz treffen mußte. Einst warnte den Kaiser sein Leibarzt vor einem Diätfehler mit den Worten: „Euer Majestät Konstitution verträgt das nicht.“ Da soll der Kaiser, mit einer bei ihm seltenen Erregung, erwiedert haben: „I hob halt ka Konstitution und I mag halt ka Konstitution!“ Zu ungestüm verlangte aber Wien nach dieser wichtigsten Grundlage freier Staaten und Völker. So erwirkte denn die Staatskonferenz endlich am 15. März ein kaiserliches Manifest, welches verkündete: „Wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände in der möglichst kürzesten Frist mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzialverfassungen zum Behufe der Konstitution des Vaterlandes ist das Nötige verfügt.“ Kaiser Ferdinand schwang dabei sogar eine schwarz-rot-goldene Fahne zum Fenster der Burg hinaus. Damit war das im Grunde gutmütige und bescheidene Wiener Volk vollständig befriedigt, und ein andauernder Jubelrausch trat an Stelle der bisherigen bitteren Erregung. „Die Lösung des großen politischen Dramas war gefunden, die Revolution vollendet und — geschlossen“, verkündete ein Wortführer der Bewegung. Mit vollem Recht aber faßt Anton Springer das staatsrechtliche Ergebnis dieser Bewegung in die Worte zusammen: „daß in den Märztagen das alte Österreich vollständig, mit Recht und für immer zu Grunde ging, alle Machthaber seit 1848 ohne Unterschied auf die Revolution als ihre Basis fußen, darüber herrscht kein Zwiespalt der Meinungen.“ Wir werden uns dieser Worte später, bei Prüfung der Rechtmäßigkeit der sogenannten Wiener Oktoberrevolution von 1848, wohl erinnern.